

Gedenkpolitiken in der postmigrantischen Gesellschaft

Sind Denkmäler und Gedenkorte geeignet, um rassistische Gewalt zu verhandeln und die damit verbundene Traumatisierung zu bewältigen? Sind Denkmäler und Gedenkstätten da, um eine Vergangenheit als abgeschlossen zu beschreiben? Wer hat ein Recht auf Erinnerung und wer nicht? Wie kann ein Denkmal zeigen, dass wir eine andere Zukunft brauchen?

Die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) an neun postmigrantischen Kleinunternehmern, einer Polizistin sowie mindestens drei Bombenangriffe stellen einen wichtigen Knotenpunkt dar, der eingebettet ist in eine lange Geschichte von rassistischer Gewalt in postkolonialen und postfaschistischen Verhältnissen Ost- und Westdeutschlands. Die Geschichte des NSU zeigt, dass Rassismus eine strukturierende Wirkmacht in der Gesellschaft hat. Jedoch kann die Geschichte der Taten des NSU-Komplexes nicht ohne den Widerstand der Angehörigen der Mordopfer, nicht ohne den Widerstand der Überlebenden der Bombenangriffe erzählt werden.

Spätestens nach dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel wussten die Angehörigen der Mord-

opfer der NSU-Mordserie und ihre Communitys – wie auch die Überlebenden des Bombenangriffs in der Keupstraße in Köln –, dass sie alle gemeint und bedroht waren. Nur einen Monat nach dem Mord in Kassel nahmen Eltern von Halit Yozgat den Kontakt zu den Angehörigen von Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık auf und organisierten zusammen die Demonstration unter dem Titel „Kein nächstes Opfer“. Trotz kollektiven Auftretens und Artikulation von über 3000 Menschen aus ausschließlich migrantischen Communitys wurde diese Demonstration von der sogenannten Dominanzgesellschaft nicht wahrgenommen. Berichterstattungen in den Medien fanden kaum statt.

Diese Nicht-Wahrnehmung hat nichts mit einer mangelnden Artikulationsfähigkeit der Marginalisierten zu tun, denn die Angehörigen der Mordopfer und die

über 3000 Menschen wussten, was vorging. Die Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan argumentiert hierzu, dass es wichtiger sei, „die Unfähigkeit der ‚Dominanten‘ zuzuhören beziehungsweise ihr ‚selektives Hören‘ und ihre ‚strategische Taubheit‘ zu skandalisieren“.

In dem 438 Prozesstage (von Mai 2013 bis Juli 2018) dauernden NSU-Prozess wurden das Wissen und die Analysen der Betroffenen nicht als zentrale Analysekategorien wahrgenommen. Wäre die Arbeit zum Mord an Halit Yozgat von Forensic Architecture in das laufende Verfahren aufgenommen worden, wäre vielleicht Walter Lübcke, der Regierungspräsident von Kassel, noch am Leben. Er wurde ermordet, weil er sich bei einer Bürgerversammlung sehr klar für Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt hatte. Ebenso den Spuren im Kontext der Drohschreiben (versendet von Computern der Frankfurter Polizei) an eine Anwältin, eine Schauspielerin sowie an eine Politikerin des hessischen Landtages wurde nicht gründlich nachgegangen. Auch diese Umstände sind Teil des NSU-Komplex.

Für das Lernen wie auch für das Verlernen aus dem NSU-Komplex ist es von zentraler Bedeutung, dass wir unsere Aufmerksamkeit radikal dem Wissen und den Analysen der Angehörigen der NSU-Opfer und der Überlebenden zuwenden. Denn zu lange waren die Täter*innen im Zentrum der medialen Berichterstattung und leider auch im sogenannten NSU-Prozess. Hingegen waren es antirassistische Bewegungen und lokale Initiativen, die nach dem Öffentlichwerden des NSU in den sogenannten Opferstädten entstanden, die sich den Perspektiven und dem situierten Wissen der Angehörigen und den Überlebenden zuwandten, um dieses Wissen in die Aufmerksamkeitszonen der Dominanzgesellschaft zu bringen.

Das situierte Wissen ist eine Wissensform, die in einem bestimmten Erfahrungskontext entsteht. Das migrantisch situierte Wissen basiert auf Erfahrungen von Rassismuserfahrenen, rassifizierten Menschen. Wenden wir uns diesem Wissen zu, so lernen wir, wie Rassismus im Alltag oder in institutionellen und behördlichen Handlungen und im Alltag passiert und auch, wie wir dagegen vorgehen können. Als ein spezifisches Erfahrungswissen verhandelt es auch den Rassismus als eine Realität und vermittelt zudem, dass beispielsweise die Taten des NSU passieren konnten, weil gesellschaftliche Diskurse gegen Migration und Zuwanderung wie „Das Boot ist voll“ und gesellschaftliche-institutionelle Ausschlüsse und Diskriminierungen die Grundlage dafür bildeten.

Das situierte Wissen von rassifizierten, migrantischen oder migrantisierten Menschen ist eine zentrale Perspektive. Und als solches ist es eine widerständige, subversive Wissensform, die sich aus Erfahrungen von einzelnen oder kollektiven Zusammenhängen aus einer bestimmten, marginalisierten Lebensposition generiert. In einem hegemonialen Raum kann das situierte Wissen eine andere Position einnehmen, diese benennen und offenlegen. Dieses Wissen bietet uns daher eine andere Perspektive an. Eine Perspektive, die den dominanten Repräsentationspraktiken andere Bilder, Darstellungen, Erzählungen und Analysen entgegensetzt und uns andere Sicht- und Handlungsweisen anbietet. Mit Handlungen aus dem situierten Wissen können die gängigen Narrative verschoben, gestört und verändert werden, indem in die üblichen Erzählungen neue, starke und ermächtigende Fäden eingewebt werden. Ibrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag in Mölln 1992 überlebte, betont, dass die Opfer die Hauptzeug*innen des Geschehenen sind. Somit rückt er die Wichtigkeit des Zuhörens in den Vordergrund, da sich auf diese Weise eine politische Form des Gedenkens performativ im Akt des Zuhörens und Erzählens kollektiv herstellt und fortschreibt. Dieses Zuhören hat aber nichts mit dem neoliberalen Tool für ein erfolgreiches Leben zu tun. Das Zuhören, das Zuhören-Wollen wie auch das Nicht-Zuhören-Wollen ist als eine aktive Handlung zu verstehen. Damit ist das Zuhören eine emotional-kognitive Handlung, die eine Grundvoraussetzung für eine sozial-politische Praxis des Sich-Verbindens und für die Solidarisierung darstellt.

Das Lernen ist kein gradliniger Speicherprozess von Wissen. Eine grundlegende Voraussetzung für das Lernen selbst ist das „Verlernen“. Die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak betrachtet Bildung als einen Prozess, der aus Lernen und Verlernen zugleich besteht, und verweist damit auf den dialektischen Aspekt von Bildungsprozessen.

Aber was ist mit Verlernen gemeint? Da Lernen immer mit hierarchischen Kontexten verbunden ist, die oft nicht reflektiert werden, müssen wir auch das Verlernen lernen. Verlernen bedeutet keineswegs, dass das Gelernte vergessen oder gar gelöscht werden soll. Das Verlernen ist vielmehr eine Denk- und Analysekategorie, um sich der eigenen Position wie auch der Privilegien, der Lernquellen sowie der verkörperlichten Annahmen und gespeicherten Vorurteile bewusst zu werden. Spivak bezeichnet Verlernen als eine dekonstruktive Praxis. Diese Praxis soll uns stetig über die Frage antreiben zu analysieren, wie

Die Stimme *und wir*

Im vergangenen Jahr besuchte die Hinterland-Redaktion in Wien die Stimme – Zeitschrift der Initiative Minderheiten. Bei strömendem Regen saßen wir mit Chefredakteurin Gamze Ongan und Geschäftsführerin Cornelia Kogoj unter Sonnenschirmen und tauschten uns aus. Schnell wurde uns klar, dass wir in Zukunft kooperieren wollen.

Aus der Stimme Nr. 125 zum Thema „Erinnern heißt Verändern“ gefielen uns viele fantastische Artikel, zum Nachdruck für unser eigenes Heft zum Thema Erinnern wählten wir diesen Artikel von Ay e Güleç aus. Er erscheint hier leicht gekürzt. Wir wünschen uns, dass dies nur der erste von vielen Austauschartikeln mit der Stimme ist.

Wahrheiten hergestellt werden.

Eine poetische Definition des Verlernens geben Elena Agudio und Bonaventure Soh Bejeng Ndikung: „Unlearning is not forgetting, it is neither deletion, cancellation nor burning off. It is writing bolder and writing anew. It is commenting and questioning. It is giving new footnotes to old and other narratives. It is wiping off the dust, clearing the grass, and cracking off the plaster that lays above the erased. Unlearning is flipping the coin and awakening the ghosts. Unlearning is looking in the mirror and seeing the world.“

Doch wie lassen sich Gedenkort imaginieren, die mehr als im öffentlichen Raum in den Boden eingelassene Stelen sind? Wie können wir Mahnmale, Gedenkort oder Monumente als Orte der Erinnerung denken, die nicht die Vergangenheit abschließen, sondern die Gegenwart thematisieren und zugleich in die Zukunft weisen, damit wir lernen und zugleich verlernen?

Grundsätzlich ist die Frage erlaubt, ob Denkmäler und Gedenkort geeignet sind, um rassistische Gewalt zu verhandeln und die damit verbundene Traumatisierung zu bewältigen. Wer hat ein Recht auf Erinnerung und wer nicht? Und vor allem: Wie können wir verhindern, dass Denkmäler und Gedenkstätten eine Vergangenheit als abgeschlossen beschreiben, die Diskussion eines politischen Kontexts für beendet erklären? Wie kann ein Denkmal das Geschehene verhandeln und zeigen, dass wir eine Zukunft brauchen, eine andere Wirklichkeit möglich ist.

Halitplatz – Halitstraße

Am 1. Oktober 2012 benannte die Stadt Kassel einen bis dahin namenlosen Platz offiziell „Halitplatz“ und stellte eine Stele mit einer Gedenktafel mit den Namen aller NSU-Opfer auf. Weitere Gedenktafeln gibt es heute in Dortmund, Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Kassel und Heilbronn. Schräg gegenüber vom „Halitplatz“ in Kassel, auf der anderen Straßenseite, befand sich das Internetcafé von Halit Yozgat – nur drei Häuser vom örtlichen Polizeirevier entfernt.

Die Straßenbahnhaltestelle „Philipp-Scheidemann-Platz“ in direkter Nähe des nunmehrigen Halitplatzes wurde ebenfalls in „Halitplatz“ umbenannt und mit dem neuen Namen – und im kleineren Schriftzug „Philipp-Scheidemann-Platz“ – ausgeschildert. In der Straßenbahn werden beide Namen durchgesagt. Auf dem Display in der Straßenbahn wird nur „Halitplatz“ angezeigt.

Seit dem Mord in Kassel forderte nicht nur die Familie Yozgat die Umbenennung der Holländischen Straße, wo Halit Yozgat geboren worden und ermordet wurde, in „Halitstraße“. Bei meinen Interviews bekam ich auf die Frage, warum diese Forderung als unmöglich bewertet werde, unterschiedliche Begründungen wie „die Straße ist eine historische Straße“ oder „die Straße verweist auf die historische Verbindung zwischen Kassel und Holland“.

Würde diese Forderung umgesetzt, wäre die sehr lange Straße ein Para-Monument und die über 2500 Menschen, die direkt an der Straße leben, würden Tag für Tag mit der Realität und der Erinnerung leben, dass Halit – ein Bürger Kassels, ein Bruder, ein Freund – ermordet wurde.

Für das Gedenken an den am 1. Juni 2019 ermordeten Walter Lübcke wurde der Entwurf von Natascha Sadr Haghghian ausgewählt: „86° (WALTER HALIT)“ besteht aus einem Leuchtkasten mit den Namen „Halit“ und „Walter“ auf dem Dach des Regierungspräsidiums. Beide Namen kommen in einem 86-Grad-Winkel zusammen, die Schenkel des Winkels zeigen jeweils auf die Orte, an denen Halit Yozgat und Walter Lübcke von Rechtsradikalen ermordet wurden. Für die Namen Walter und Halit nutzt die Künstlerin die Schriftart „Martin“, die nach dem US-Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. benannt ist. Zudem wird der Leuchtkasten auf dem Dach so angebracht, dass die Ecke des Gebäudes selbst verschoben wird bzw. aus dem bisherigen Lot kommt.



30

Wir gedenken Halit

6.4.2020 Wir gedenken Halit



Halit Yazici - emekli olan B.Ş.Ç.Ç.Ç.

hanseatic bike



Mahnmal Kölner Keupstraße

Über die Grenzen von Köln hinaus gilt die Keupstraße in Deutschland als ein Beispiel von selbstbewusstem, selbst entwickeltem migrantischen Leben und den damit verbundenen Ökonomien. Gleichzeitig wird sie in den Medien und im öffentlichen Diskurs bis heute mit rassistischen Stereotypen als „Ghetto“ und als Beispiel für eine „Parallelgesellschaft“ beschrieben. Dieser Diskurs führte dazu, dass die Täter*innen des NSU die Straße als eines ihrer Anschlagstiele wählten. Die Botschaft galt der migrantischen Community – auch über die Keupstraße hinaus: Ihr seid hier nicht sicher.

2001 explodierte im Ladengeschäft eines iranischen Besitzers eine Bombe in den Händen seiner Tochter und verletzte sie lebensgefährlich. Die „Keksdosen-Bombe“ in der Kölner Probsteigasse (2001) und vor allem die Nagelbombe drei Jahre später in der Keupstraße (2004) hatten eine enorme Wucht: Diese Bombe war mit 700 „Zimmermannsnägeln“ mit einer

Länge von 10 cm gefüllt, um so viele wie möglich zu töten. Die Bombe wurde gegen die Menschen gerichtet, die sich die Keupstraße angeeignet, diese einst vernachlässigte, verfallene Straße zu einem kulturellen Mittelpunkt voller Leben und Geschäftigkeit transformiert hatten.

Die Bombe sollte zeigen, dass migrantisches Leben in Deutschland nicht sicher und nicht geschützt ist. Die Behörden, die daraufhin die Bewohner*innen selbst verdächtigten, führten diese Spaltung weiter.

Während der sieben Jahre nach dem Anschlag in der Keupstraße gerieten die verletzten Bewohner*innen und Geschäftsinhaber*innen selbst ins Visier der Ermittlungsbeamten: Sie wurden mit rassistischen Ermittlungsmethoden verdächtigt, selbst hinter dem Anschlag zu stehen. Diese Phase der Ermittlungen nennen die Bewohner*innen der Keupstraße heute noch die „Bombe nach der Bombe“: Die Behörden unterstellten dem Besitzer des Friseursalons, an dem die Bombe explodierte, als „Türke selbst hinter den Anschlägen“ zu stecken und ermittelten in Richtung Drogen, Schutzgeld oder Mafia.

Diese Ermittlungen waren nicht nur sinnlos, sondern eine enorme Belastung, eine weitere (rassistische) Diskriminierung. 2014 entschied der Rat der Stadt Köln, dass es einen Gedenkort geben solle, der an beide Anschläge erinnern soll.

Der Entwurf des Künstlers Ulf Aminde „Der Platz für Alle – Herkesin Meydanı“ wurde einstimmig ausgewählt. Das Mahnmal verbindet konzeptuell zwei Elemente: eine Plattform, die eine Fläche auf dem Boden beansprucht, und ein partizipatives, kritisches Filmarchiv. Die Metallplatte kann als Sitzfläche oder zum Skaten benutzt werden. Das Filmarchiv kann mit dem eigenen Mobilphone angesehen und partizipativ von allen erweitert werden.

Die Bodenplatte steht in ihrer abstrakten Form für ein noch zu errichtendes Haus: eine zukünftige Gemeinschaft, die ausschließlich auf Diversität und Solidarität aufbaut. Hier geht es darum, eine Grundlage, ein Fundament zu legen für ein virtuelles Haus, das aus einer Vielzahl von Filmen entsteht und mittels Augmented Reality App für Smartphones besucht und mit eigenen Beiträgen erweitert werden kann. So entsteht ein Ort der Gemeinschaft des Viertels, ein Treffpunkt und ein Platz des Gedenkens, der nicht zerstört werden kann.

Hanau

Am 19. Februar 2020 tötete ein 43-jähriger Nazi in Hanau innerhalb von zwölf Minuten neun junge postmigrantisches Menschen. Das Gedenken der Angehörigen wie auch der Bevölkerung Hanaus an die Morde fand intuitiv auf dem zentral gelegenen Marktplatz statt. Dort – an der Brüder-Grimm-Statue – wurden wochen- und monatelang Kerzen angezündet und Blumen niedergelegt. Die Blumen wurden von den Markt- und Geschäftsleuten täglich mit frischem Wasser versorgt.

Der Politiker Heiko Kasseckert (Mitglied des Landtages) fand allerdings, dass das Nationaldenkmal der Brüder Grimm nicht mit dem Gedenken an die Hanauer Opfer in Verbindung gebracht werden dürfe und die Stadt zu einer Normalität kommen müsse. Die Erinnerung mit den Bildern, Aufklebern, Blumen und Kerzen sei nicht gut und weiter: „... wir sollten die Orte der Geschichte, die Hanau ebenfalls hat, wie am Marktplatz das Denkmal ihrer wohl bekanntesten Söhne, der Brüder Grimm, von dieser dunklen Umklammerung befreien. Das Nationaldenkmal überstand alle Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges und steht als historisches Kulturdenkmal für den Wiederaufbau der Stadt ...“

Die Stadt Hanau schrieb im Oktober 2020 einen künstlerischen Wettbewerb für ein Denkmal aus, das nicht nur an die Ermordeten erinnern, sondern auch ein Bekenntnis gegen Hass und Gewalt sein sollte.

Gözde Saçık (Politikwissenschaften, Philosophie und Konfliktforschung) thematisiert im Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ die Nichtbenennung von Rassismus als ein grundlegendes Problem der eingereichten Einwürfe: „Rassismus nicht zu benennen, löst ihn nicht auf.“

Inzwischen hat sich die Stadt auf einen Entwurf des Künstlers Heiko Hünnerkopf mit dem Titel „Einschnitt“ geeinigt: ein aus Stahl gearbeitetes Halbrund mit den Namen der Anschlagopfer. Noch ist aber der Platz dafür nicht klar. Die Angehörigen fordern weiterhin, dass das Denkmal am Marktplatz errichtet werden soll, da es die Mitte und das Zentrum der Stadt Hanau darstellt.<



Ayşe Güleç
ist Pädagogin und
aktivistische
Forscherin an den
Schnittstellen von
Kunst, Kunstvermittlung,
Antirassismus,
Migration sowie
gemeinschaftlich
basierter Bildung.
Sie war Teil der
kollektiven Bewegung
NSU-Komplex
auflösen und des
gleichnamigen
Tribunals, ist
Mitglied der in
Kassel ansässigen
Initiative 6. April
und kuratierte die
Ausstellung Offener
Prozess.